

10. Oktober 1970: Bericht des Vorsitzenden des KGB, Ju. V. Andropov, an das ZK der KPdSU zu den Unterschieden in den westlichen Positionen zur Frage Berlin*

Streng geheim

Die vorliegenden Informationen zeugen davon, dass, obwohl es zwischen der BRD und den drei Westmächten in der Berlin-Frage keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten gibt, sich doch bestimmte Unterschiede taktischer Natur in den Positionen Westdeutschlands auf der einen und der USA, Englands und Frankreichs auf der anderen Seite zeigen.

Das Hauptziel der drei Westmächte in den Berlin-Verhandlungen liegt darin, von der Sowjetunion substantielle Zugeständnisse in der Berlin-Frage zu erhalten, indem sie das ihrer Meinung nach vorhandene Interesse vonseiten der UdSSR an einer Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags bis zum Parteitag der KPdSU ausnutzen. Dabei gehen sie davon aus, dass die Verhandlungen in der Berlin-Frage angesichts der Positionen der jeweiligen Seiten „schwierig“ werden.

Die Regierung der BRD, die im Prinzip die Forderungen der drei Westmächte unterstützt, zeigt gleichzeitig Bereitschaft, nach einer Kompromisslösung zu suchen. Brandt hat nicht die Absicht, eine ihn vollständig zufriedenstellende Lösung der Berlin-Frage durchzusetzen, weil er befürchtet, dass dies zu einer Verzögerung der Verhandlungen oder sogar zu ihrem Scheitern führen könnte, was sich ungünstig auf die Ratifizierung des Moskauer Vertrags und auf die innenpolitische Stellung seiner Regierung auswirken würde.

Die westdeutsche Regierung übt Druck auf die drei Westmächte aus, um eine Abmilderung ihrer Position und eine Beschleunigung des Einigungsprozesses in den praktischen Aspekten der Berlin-Frage zu erreichen. Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Rush zeigte sich Brandt besorgt wegen des „geringen Fortschritts“ in den Berlin-Verhandlungen. Die westdeutsche Regierung zählt darauf, dass die USA, England und Frankreich schlussendlich gezwungen sein werden, seiner „gemäßigeren“ Position zuzustimmen.

Regierungskreise der USA, Englands und Frankreichs befürchten, dass Brandt aufgrund seines Interesses an einer schnellen Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Staaten unter dem Druck der UdSSR Schritte setzen könnte, die zu einer „Aushöhlung der Viermächteverantwortung für Berlin“ und damit zu einer Begrenzung der Rechte der drei Mächte über Westberlin führen.

In ihrer Einschätzung der Entwicklungsperspektive ähnlicher Tendenzen in den Beziehungen zwischen der BRD und den drei Westmächten schließen westliche Experten nicht aus, dass zukünftig im Zuge einer aktiveren „Ostpolitik“ Brandts und der zunehmenden Selbständigkeit der BRD eine Situation eintreten könnte, in der sich die harte Position der westlichen Verbündeten der BRD bei Wahrung ihrer Sonderrechte über Westberlin und Deutschland als Ganzes als ein gewisses Hindernis für das Erreichen von Brandts außenpolitischen Zielen erweisen könnte, woraufhin, nach Meinung des Außenministeriums Englands, zwischen der BRD und den drei Westmächten neue Friktionen auftreten könnten.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit

Andropov¹

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 568, S. 108f. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 10. Oktober 1970, Nr. 2770-A, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 33224, 12. Oktober 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ Hs.: „Information auf der Rückseite. [2]5-s/7.“ Drei Unterschriften am linken Seitenrand: M. A. Suslov, zwei unleserlich.

¹ Hs. unterzeichnet.